

# Aus der Stadt Halle

## Neuordnung der Kinosteuer.

32 Prozent brutto.

Die Kinobehörden hatten sich längst in einer Einigkeit an die städtischen Behörden um Ermäßigung der Kinosteuer gewandt, die in ihrer gegenwärtigen Erhebung eine ungerechtfertigte, zum Teil unerträglich hohe Belastung ist. Der Magistrat hat bei erneuter Prüfung nunmehr zu der Überzeugung gelangt, daß die Geldentwertung allerdings Berücksichtigung finden muß, die dem ursprünglichen Sinn der Steuer zumiderläuft. Nach der bisherigen Steuerordnung beträgt die Steuer bei Eintrittspreisen bis zu 3 Mark 20 Prozent, bis zu 5 Mark 30 Prozent, bis zu 15 Mark 50 Prozent, bis zu 20 Mark 55 Prozent, über 20 Mark 60 Prozent des Eintrittspreises. Infolge der Geldentwertung gibt es aber in den großen Kinos keine Plätze mehr zu 20 Mark und darunter, so daß also regelmäßig die Befreiung nach der höchsten Stufe mit 60 Prozent erfolgt. Das war aber nicht die Absicht der städtischen Behörden, als sie die Steuerordnung schufen. Der Magistrat hat nun verschiedene Methoden erdacht, wie er dem Mißstand beseitigen könne. Er hält für den besten Ausweg die Einführung einer Bruttosteuer im Wege des Särtnausgleiches. Sie soll so bemessen werden, daß sie, auf Nettosteuer umgerechnet, sich etwa auf der durchschnittlichen Höhe der Steuerhöhe hält, auf die sie am 1. April d. J., als die neue Steuerordnung in Kraft trat, bei den damaligen Preisen stand. Unter Berücksichtigung der verschiedenen Steuerhöhen hat der Magistrat erdacht, daß ein Bruttosteuerertrag von 32 Prozent, der einem Nettosteuerertrag von 47 Prozent entspricht, ungefähr das treffen wird, was man mit der Steuer im Sinn gehabt hat. Er hält diesen Steuerertrag auch für die Kinos für tragbar. Eine weitere Ermäßigung erscheint ihm mit Rücksicht auf die Finanzkraft der Stadt nicht möglich.

Die Stadtoberordneten werden sich hauptsächlich schon am nächsten Montag mit der Angelegenheit zu beschäftigen haben.

## Hochbetrieb auf der Kriminalpolizei.

Internationaler Diebespaar. — Metall...

Eine junge, schlankere Dame von ausländischem Typus, hübsch und elegant, packt weinend einige wohlgefüllte Reisetaschen aus und entwirft vor dem indistincten lahmhiesigen Bild eines Kriminalbeamten sehr feine Herren- und Damenwäsche, zwischen deren Reihen unter anderem ein Ring, allerdings nicht mehr vorhanden ist. Sie weiß nicht, was das für ein Ring ist. Elegantes Schmuckstück kommt zum Vorschein, Herrenbrille, andere Kleidungsstücke, durchsichtig von dem Geruch der feinen Welt. Auch Toilettenwasser von Leuten von Diktatorien steht umher. Die Dame ist Frau Fronte de Jong, eine Dame aus dem palatinischen Holland, die ihren Mann durchgehends in ein hier in Deutschland mit einem gewissen Johannes v. Spinger aus Weimer Gelehrtenbücherei größeren Stiles zu unternehmen. Stiegen und Malereien des Herrn v. Spinger deuten darauf hin, daß er sich, ebenfalls fast, wenn es nichts zu maußen gab, mit künstlerischen Studien befaßt. Verheiratet, jedoch nicht verheiratet, wurde das Paar gestern hier in einem Hotel verhaftet. Frau v. Spinger hatte 104 000 Mark bei sich, Frau Fronte de Jong 10 000 Mark in ihrem reisenden Koffer. Sie nannte sich auch zu auch Sprenger, und beide zeigten als Geschwister. Das Hauptfeld ihrer Tätigkeit war Berlin und Leipzig, bis sie ausgereicht hier in Halle ihr Schicksal erlebte. Er ist ein Spion, betruerter wie ein Holländer mit Bezug auf ihren Vater. — Ein sehr curi Griff!

In der Nähe des Hauptbahnhofs beobachtete ein Schaffner, daß sich zwei Männer und eine Frau um einen Koffer bemühten, in den sie allerlei Sachen transportiert zu verpacken suchten. Die Leute fielen auf, und ein herbeigeholter Kriminalbeamter mischte sich in diese Privatangelegenheit der Drei, worauf die zwei Männer sich zurückziehen wollten. Aber sie wurden gefolgt. Was die in dem und dem Koffer in sich haben. Kleider, Kleiderstücke und anderes Gut, das sich in den Wohnungen der geheimnisvollen Drei fand (es hatte sich tatsächlich um Diebe gehandelt) sein fälschlich auf einen Tisch bei der Kriminalpolizei ausgebreitet lag. Man kann sich die Freude des Mannes ausmalen, als er sein Hab und Gut, das er schon verloren wähnte, hier wiederfand.

In einem anderen Zimmer ist ein Herr eilig bemüht, zu bewahren, daß verschiedene Metallgegenstände, denen man es wirklich anseht, daß sie gestohlen sind, auf christliche Weise erworben wurden. Gelehrlich ist Metall zu flechten, doch noch gefährlicher das Flechten, beweist man oft nach kurzer Frist, auf lange Frist am Richter ist.

## Außerordentliche Tagung der Landwirtschaftskammer.

Delonietrat Welches Nachfolger.

Seute vormittag trat im großen Sitzungssaal der Landwirtschaftskammer die Landwirtschaftskammer für die Provinz Sachsen zu einer außerordentlichen Vollversammlung zusammen. Die Tagesordnung umfaßte nach Neuwahl zum Vorstand an Stelle des kürzlich verstorbenen Delonietrats Welches die Vorlage eines Nachtrages zum Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 1922 und Beschluß über eine weitere Erhöhung der Umlage an, ferner einen Bericht von Dr. Soawa-Berlin über „Welle und Betriebsorganisation in der Landwirtschaft“. Bei Umlage der Präsidenten, Landrat v. v. Hellborn, die Bestimmung und midmete zunächst dem früheren Präsidenten Delonietrat Welches einen herzlichen Nachruf und Worte des Dankes. Zum zweiten Male liehe die Landwirtschaftskammer an der Spitze eines Präsidenten. Gerade Welches hat sich in außerordentlich Weise in den Dienst der Landwirtschaft und seiner Berufsangehörigen gestellt; auf ihn trifft das Bekenntnis zu: „Nur ein Leben währet 70 Jahre, und wenn es tolllich gemessen ist es Mühe und Arbeit gewesen.“ Auch dem vor kurzem verstorbenen Leiter der futuristischen Abteilung, Stein, widmete der Präsident einen warmen Nachruf. Stein, der den Grundstein der Wiesbauische Schenkungen legte, konnte vor kurzem noch der Dant durch Überzeugung der überleben Kaiser-Medaille dazubringen werden.

An Stelle von Delonietrat Welches wurde Rittersgutsbesitzer Reichardt in den Vorstand gewählt. Die Versammlung ist beschlußfähig, da 80 stimmberechtigter Mitglieder anwesend sind, 12 sind entzogen.

Landrat v. Hellborn eröffnet hierauf das Wort. Seit der letzten Tagung, so führte er aus, ist eine katastrophale Verschlechterung der wirtschaftlichen, besonders der landwirtschaftlichen, Lage eingetreten. In der Provinzvereinsorganisation sind Schwierigkeiten eingetreten, deren Folgen noch nicht abgesehen sind. Nunmehr hat die Regierung die Landwirtschaft an, über das notwendige Maß der Umlageung zu liefern. Die Landwirtschaftsbehörde ist

# Energische Fortführung des Wohnungsbaues.

Weitere Kosten: 200 Millionen — Eine Kapazität für die wirtschaftlichen Betriebe 300 % neuer Zufußlag zur Wohnungsbauabgabe — Halle Hofflandsgebiet erster Dehnung.

Umfassende Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot hat der Magistrat beschlossen. Es sollen mehrere hundert Millionen Mark Hülfen gemacht werden, um den Wohnungsbau energischer als bisher zu fördern. Zwei Verträge, die jetzt den Stadtverordneten vorgelesen sind, beschäftigen sich damit. Der Wohnungsbau, Herr Stadtrat Dr. Wen, hat in der Erkenntnis, daß die Förderung des Wohnungsbaus unter den Mitteln zur Geländung unseres Volkes mit an erster Stelle steht, die Materie nach allen Richtungen geprüft und ist unter Zustimmung des Magistrats zu dem Ergebnis gekommen, daß große Mühe beschafft

in Halle 371 Betriebe mit 9035 Beamten, 12 255 Anstellten und 26 648 Arbeitern, insgesamt mit 50 938 Arbeitnehmern zu berücksichtigen sind, wovon allerdings für 371 Betriebe je 20 Arbeitnehmer, also insgesamt 7 420, abgezogen werden können. Es handelt sich dabei um 15 Reichs-, 6 Staats- und 10 kommunale Betriebe, die 8719 Beamte, 1489 Anstellten und 7212 Arbeiter, insgesamt 17 977 Arbeitnehmer, beschäftigen, ferner um fünf öffentlich-rechtliche Unternehmen, welche 291 Beamte, 221 Anstellten und 223 Arbeiter, zusammen 735 Arbeitnehmer, haben. Neben sozialpolitische Einrichtungen, Kantinenhäuser usw. (außer den öffentlichen und staatlichen), in denen 85 Beamte, 583 Anstellten und 36 Arbeiter, insgesamt 644 Arbeitnehmer ihre Erziehung finden, und um 346 private wirtschaftliche Unternehmen mit insgesamt 11 962 Anstellten und 22 177 Arbeitern, d. h. 32 139 Arbeitnehmern.

Es sollen an der Merseburger Straße nach dem bereits bewährten Typ in neun dreigeschossigen Wohnhäusern 84 Wohnungen, bestehend aus zwei Zimmern, Kammer, Küche, Speisekammer und Innenhof mit einer durchschnittlichen Wohnfläche von 50 Quadratmetern errichtet werden. Die Baukosten betragen 24 Millionen Mark. Zur Deckung der nicht rentierlichen Kosten, d. h. der Kosten, die nicht durch die ortsübliche Miete aufzubringen sind, sollen die Arbeitgeber 137 Millionen 700 000 M. zahlen. Landes- und Gemeindefiskus sind dabei nicht abgesehen. Die Summe soll in der Woche aufgebracht werden, daß die Arbeitgeber je nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer mit 24 Millionen Mark. Zur Deckung der nicht rentierlichen Kosten, d. h. der Kosten, die nicht durch die ortsübliche Miete aufzubringen sind, sollen die Arbeitgeber 137 Millionen 700 000 M. zahlen. Landes- und Gemeindefiskus sind dabei nicht abgesehen. Die Summe soll in der Woche aufgebracht werden, daß die Arbeitgeber je nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer mit 24 Millionen Mark. Zur Deckung der nicht rentierlichen Kosten, d. h. der Kosten, die nicht durch die ortsübliche Miete aufzubringen sind, sollen die Arbeitgeber 137 Millionen 700 000 M. zahlen. Landes- und Gemeindefiskus sind dabei nicht abgesehen. Die Summe soll in der Woche aufgebracht werden, daß die Arbeitgeber je nach der Zahl der von ihnen beschäftigten Arbeitnehmer mit 24 Millionen Mark.

## die Kleinwohnungsbaue Halle u. G.

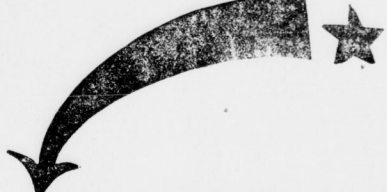
die kleinerzeit mit großen Erwartungen begrüßt wurde, leider mangels der Unterfertigung vieler Arbeitgeber verjagt hat. Es sind tatsächlich nur ein Kapital von 2,5 Millionen Mark und Zinsen von dreifachen Betrage aufgebracht worden, während man mindestens 10 Millionen Mark Aktienkapital und 30 Millionen Mark Zinsen im Voraus hätte. Gerade die Kreis der Aktionäre der Kleinwohnungsbaue u. G. fordern nach Berücksichtigung des Magistrats aus dringende, daß die Stadtgemeinde im Interesse der Gerechtigkeit sämtliche Arbeitgeber zu Zinsbeiträgen heranziehe. Es wird betont, daß auch die Behörden, Reich, Staat und Provinz herangezogen werden sollen. Auch können wir mit Ausnahme der Gliederungsarbeiten, die erteilte wurde dem Wohnungsbaue tätige Interesse zuwenden hat, der Bauort gemacht, daß sie es unterlassen haben, bei der Unterfertigung ihrer Beschäftigten durch Wohnungsbau zu helfen.

Nach nun den erneuten Zufußlag von 300 Prozent zur Wohnungsbauabgabe angeht, so ist in der Denkschrift eine ausführliche Begründung gegeben. Man steube mit 100 Prozent auszukommen, wobei die fortschreitende Geldwertverwertung hat alle Berechnungen über den Saufen gemindert. Die bewilligten Gemeindefiskus sind aufgebracht, in die es schon ein Defizit von 13,9 Millionen da. Auf der anderen Seite liegen 28,8 Millionen Mark Landesmittel für neue Bauvorhaben bereit, die jedoch nur in Anleihen gewonnen werden können, wenn dazu Gemeindefiskus in gleicher Höhe hinaus treten. Mitteln muß die Stadt einschließlich jenes Selbsttrages 46,7 Millionen Mark noch aufbringen. Verträgegehe müssen die Häuser werden. Es stehen schon 60-70 Millionen darin. Die Magistratsratoren betonen dann als besonders wichtig, daß es den Bemühungen unterer Behörden und der Provinzgemeinden zuzugunsten sei, umher anzuregen. Es ist ein Anleihenplan, der die erteilte Ordnung anerkannt zu sein. Demgemäß steht an Landesmitteln für 1922 der hohe Betrag von 26,6 Millionen Mark zur Verfügung. 19,7 Millionen Mark haben wir davon erst in Anleihen bekommen. Wir müssen uns bis zum 15. Dezember entscheiden, ob wir durch Erläuterung der oben beschriebenen Beiträge gelangen sei, umher anzuregen. 33 Millionen Mark noch liefern wollen. Die Entscheidung kann bei der anstehenden Not, die auf dem Wohnungsbau besteht, nicht länger fallen. Wenn es ein Mann, das das Gehe nicht die Möglichkeit gibt, bei der Wohnungsbauabgabe

## die Verantwortlichen

mit ihren hohen Verbindlichkeiten zu treffen. Die Gemeinde kann aber, wie der Magistrat bedauernd feststellt, hier nichts machen. Es liegen jedoch Verordnungen für die Bauereide 1923 in Aussicht, die darin Wandel bringen werden. Arbeitsunfähigkeit, Halbmonat usw. werden von der Wohnungsbauabgabe auf Antrag freigestellt.

Auch diese Verordnungen werden außer Wirksamkeit nicht nur unsere Stadtoberordneten schon am kommenden Montag beschäftigen.



## Denken Sie daran,

die der Mittwoch-Ausgabe unseres Blattes beigelegte Postcheck-Zahlkarte zusammen mit dem gedruckten Betrag, dem Briefträger mitzugeben oder an das nächste Postamt abzuliefern. Wir richten diese Bitte nur an diejenigen Bezieher, die die Zeitung vom Verlag durch die Post zugestellt erhalten. Bezugspreise, die bis zum 12. Dezember nicht eingegangen sind, müssen durch Postnachnahme erhoben werden. Die dadurch erforderliche verwendende Portokosten möhden wir unseren gesch. Lesern gern ersparen.

werden müssen, um auf dem Wege zur Willkür der größten Wohnnot ein gutes Stück voranzukommen. Selbstverständlich bleibt die Lösung der Geldfrage der Kardinalpunkt. An zwei Stellen soll in dieser Hinsicht der Sebel angesetzt werden. Man will die Arbeitgeber, die mehr als 20 Arbeitnehmer beschäftigen, mit einer Kasse heranziehe, die rund 138 Millionen Mark erträgt. Sie sollen für jeden Arbeitnehmer, der sich über die Zahl 20 hinaus beschäftigen, je Kopf einen Beitrag von 3160 M. zahlen. Und zum anderen soll die Wohnungsbauabgabe, die ja, abgesehen von den ärmsten Schichten, jeden einzelnen Wohnungsinhaber trifft, weiter stark erhöht werden. Bisher haben wir hier in Halle einen Gemeindefiskus zur staatlichen Wohnungsbauabgabe von 100 Prozent. Es sollen nun für die Rechnungsjahre 1922 und 1923 weitere 300 Prozent hinzugeschlagen werden.

Was die Erhebung von Arbeitgeberbeiträgen anlangt, so führt der Magistrat aus, daß das Kommissionsmitglied in seiner Rede am 26. August 1921 die Handhabe dafür bietet nach dem Grundlag von Leistung und Gegenleistung. In umfangreichen Darlegungen, die dem Preis und der Grundsätzlichkeit des Verfassers alle Ehre machen, wird abgewogen, in welchem Maße die Arbeitgeber befristet werden können, ohne daß einzelne Gruppen ungleich behandelt werden. Es wird erachtet, daß eine Kleinwohnungsabgabe von 50 Prozent der Wohnfläche heranziehe heute mindestens drei Millionen Mark kostet. Die Mittel, die man vom Staat beantragen kann, werden berücksichtigt, ebenso die Gemeindefiskusbeiträge. Ferner wird festgelegt, daß

freie Wirtschaft, nur durch sie sei eine Steigerung der Produktion möglich. Hoffen wir, daß die neue Regierung mehr praktischen Blick und Verständnis für die Notwendigkeit der Landwirtschaft besetze. — Die Verhandlungen dauern bei Verhandlungslösung an.

**Polizeisatzung.** Gestern nach, verurteilte eine Handelsfrau in ihrer Wohnung in der Körnerstraße 36 zu verhaften, indem sie 250 Pfund. Sie wurde bewußt mittels Kraftverweigerung der Klinik angeführt. Der Grund zur Tat ist nicht bekannt.

**Margarinestrich.** Heute Nacht gegen 3.15 Uhr wurde in der St. Steinstraße eine Säuglingsheide eines Kolonialwarenhandels mit einem Stegelstein zertrümmert und ein Kübel Margarine entwendet. Die Ermittlungen nach den Tätern sind aufgenommen.

**Die Freiheitskämpfer der Straßenbahn.** Die Straßenbahnverwaltung macht bekannt: Mit dem 31. Dezember 1922 verlieren alle bisher benutzten Freiheitskämpfer der städtischen Straßenbahn ihre Gültigkeit. Anträge auf Wieder-gewährung von Freiheitskämpfern für das Jahr 1923 sind bis zum 20. des. zu stellen. Sie haben nur in Fällen dringender Bedürfnisses Aussicht auf Genehmigung. Die von Zeit zu Zeit zu erneuernden Freiheitskämpfer für Kriegesgefallene werden hiervon nicht berührt.

**Der Hallische Bekehrungsverein** hält seine großen diesjährigen Konzerte am 5. und 6. Dezember ab. Gestern fand das erste Konzert unter der Leitung von Wilhelm Tenker in der Aula Kaul, unter dessen Namen das Konzert stattfand, der Komponist vieler sinfonischer Dichtungen, Kammermusikwerke, Chorwerke und Lieder, sah am Klavier. Koncertleitend Frau Richter-Feller und der Bariton unseres Stadttheaters, Herr Hummelstein, hatten die Saal überkommen. Die vorgetragenen Chöre selbst sangen von hoher Kunst und einer Ausbildung des Vortrages, die als vorbildlich gelten kann. Wir kommen nach dem heutigen zweiten Konzert anschließend auf die bemerkenswerten Leistungen des Hallischen Bekehrungsvereins zurück.

**Bereitigung ehem. Schüler des Reform-Kriegsanstalts.** An Stelle der nächsten Zusammenkunft treffen sich die Mitglieder am kommenden den 6. Dezember, 5 Uhr in der „Lage zu des drei Dogen“ auf dem Schulhofgebäude der Weimarer des R. R. G.

## Wer ist Sozial- und Kleintrentner?

Die falschen Auslegungen der Begriffe „Sozial- und Kleintrentner“ führen häufig zu Schädigungen der beteiligten Kreise durch Vermissen der Beitragszahlung. Es ist noch einmal darauf hingewiesen, daß Sozialrentner Empfänger von Renten aus der Angestellten- und Invalidenversicherung sind. Es kommen somit als Sozialrentner in Betracht: Pensions- und Handlungspensionäre, Angestellte des Versicherungswesens, der Rechtsanwaltschaft und Notare, die Stillsangestellten der Behörden, Verwalter, Schauspieler, Sänger, Musiker, nicht selbständige Freiberufler und Handwerker aller Art, ungetreue Beamte aller Art. Für Kleintrentner ist zu bemerken, daß der Rentnerbund lediglich eine private Einrichtung darstellt. Die Anmeldung zum Rentnerbund bedeutet keinesfalls die Aufnahme in die amtliche Renteversicherung. Wer sich angemessen will, ob es tatsächlich in die amtliche Renteversicherung aufgenommen werden will, kann sich darüber in der Sprachschule des Vereins oder bei der Renteversicherung, jetzt Friedrichstraße 6, 1. Stock, Zimmer 11, befragen. Zur Aufnahme gehört die Zahlung eines einrichtigen Fragegebens, die Fragegebens des Rentnerbundes gelten nicht für die amtliche Renteversicherung.

Nachdem mit 1922 das Versicherungsgesetz für Angestellte zehn Jahr in Kraft ist und nun auch für männliche Personen die ersten Renten fällig werden, bekommen die Bestimmungen des Sozialrentnergesetzes namentlich für die Angestelltenchaft erhöhte Bedeutung. Es ist noch einmal darauf hingewiesen, daß die Rentnerbundesbeiträge für Sozialrentner nur auf Antrag gewährt wird.

## Wie wird das Wetter morgen sein?

Die Wetterlage zeigt noch keine Umänderung. Dem hohen Druck im Südwesten des Erdkreises liegt noch immer die umfangreiche Barometerdepression im Norden gegenüber. Da sich auf ihrer Südseite weitere Randhöhen entwickeln, so haben wir bei westlichen Winden mäßiges, mildes Wetter und zeitweise Regen zu erwarten.







Um die Devisenverordnung.

Der Reichsfinanzminister hat heute nachmittags die Vertreter der Devisenautoritäten vor sich...

Der Dollar amtlich 8391.

Ohne erkennbaren äußeren Anlaß hat heute nach dem vorangegangenen bedeutenden Steigen...

Table with exchange rates for various currencies including Gold, Silver, and various international currencies.

Deutscher Produktensbericht.

Auch heute herrschte wieder Anregung. Das Geschäft verriet demgegenüber tüchtig lebendiges Angebot...

Table with market data for various goods and commodities.

Erhöhung der Wertsteuern.

In der letzten Sitzung des Reichstages hat die Regierung die Erhöhung der Wertsteuern...

Metalloberungen.

Notizen des Kassensin für die Deutsche Eisenhandelsbank. Elektrolytische Wäre bares prompt 41 Bremen 00.

Kartoffelernterungen.

Die Kartoffelernterungen (mittelmäßig) in Ostpreußen sind im Vergleich mit dem Vorjahr...

Main table with financial data, including sections for 'Anfällige Berliner Börsenkurse vom 6. Dezember' and 'Bank-Aktion'.

Large table with detailed financial data, including sections for 'Anfällige Berliner Börsenkurse vom 6. Dezember' and 'Bank-Aktion'.



